

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

Ergebnisprotokoll

Vorsitz:

Staatssekretär Karl-Winfried Seif
Hessisches Ministerium für Umwelt,
ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Stand: 8. Dezember 2004

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

Tagesordnung

Tagesordnung / Niederschrift

**TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung der 34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004 in Frankfurt am Main**

UMK-Angelegenheiten, Bericht des Bundes

TOP 2 Zusammenarbeit der Bund/Länder-Arbeitsgremien mit der UMK/ACK

TOP 3 Neustrukturierung der UMK

**TOP 4 Übersicht über die Bund/Länder-Gremien mit Umweltschutz-
aufgaben - Fortschreibung**

**TOP 5 Gespräche der Umweltministerkonferenz mit Verbänden
- zurückgezogen -**

**TOP 6 Zusammenstellung von Expertenteams zur raschen und konkreten
Unterstützung von Untersuchungen und Abhilfemaßnahmen vor Ort
im Falle von grenzüberschreitenden Störungen der Gewässer-
ökosysteme - Fortschreibung**

TOP 7 Bericht des Bundes 2003/2004

TOP 8 Vierte Berufungsperiode des Umweltgutachterausschusses

TOP 9 Bericht über Umlaufbeschlüsse und Telefonkonferenzen

TOP 10 Vorbereitung des Kaminesgesprächs zur 63. UMK

TOP 11 Notwendigkeit einer vACK

EU – Themen

**TOP 12 Vertretung der deutschen Länder in der Steuerungsgruppe der
Umweltkonferenz der europäischen Regionen (ENCORE)**

**TOP 13 Berichterstattung des Bundes über Politikthemen auf europäischer
Ebene**

Nachhaltige Entwicklung

- TOP 14 **Zukunftsfähiges EMAS**
- TOP 15 **Vertretung der UMK im Deutschen Nationalkomitee**
- TOP 16 **Umweltbildung im Elementarbereich**

Fachübergreifende Umweltfragen und -informationen

- TOP 17 **Beteiligung der Umweltverwaltung beim Aufbau der Geodateninfrastruktur Deutschland GDI-DE**

Gewässerschutz, internationaler Meeresschutz

- TOP 18 **Finanzierung des Länderfinanzierungsprogramms Wasser und Boden 2004 und 2005**
- TOP 19 **Fortführung des Länderfinanzierungsprogramms ab 2006**
- TOP 20 **Dichtheitsprüfung an eingebauten Abscheideranlagen nach DIN 1999-100:2003 Nr. 15**

Abfallwirtschaft

- TOP 21 **Vereinfachung des abfallrechtlichen Überwachungsverfahrens**
- TOP 22 **Umsetzung der Abfallablagereverordnung**
- TOP 23 **Verwertung von mineralischen Abfällen**
- TOP 24 **Finanzierung von LAGA-Projekten im Rahmen des Länderfinanzierungsprogramms Wasser und Boden**
- TOP 25 **Umweltkampagne der Hessischen Landesregierung "Sauberhaftes Hessen"**

Bodenschutz / Umweltschutz und Landwirtschaft

- TOP 26 **EU-Bodenschutzstrategie**

Immissionsschutz, Gesundheit, Gentechnik

- TOP 27 **Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie - Kostenschätzung**
- TOP 28 **Automatische Überwachung der Gasrückführung an Tankstellen - Umsetzung der Novelle zur 21. BImSchV von 2002**
- TOP 29 **Bewertung und Sanierung radonbelasteter Gebäude und radongeschütztes Bauen**
- TOP 30 **Auswirkungen des Mobilfunks - Naila-Studie**
- TOP 31 **Auswirkung der Ausbringung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf die natürliche Umwelt**

Energie, Klima, Verkehr

- TOP 32 Emissionshandel
- TOP 33 CO₂-Minderung im Verkehr - Beschreibung von Maßnahmen und Aktualisierung von Potenzialen
- TOP 34 Umweltverträglicher Güterverkehr
- TOP 35 Steuergerechtigkeit im Bahn- und Flugverkehr

Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung

- TOP 36 Entsiegelungs- und Abrissmaßnahmen als Eingriffskompensation
- TOP 37 Grünes Band
- TOP 38 FFH-Nachmeldeprozess
- TOP 39 Finanzierung der Umsetzung von NATURA 2000

Verschiedenes

- TOP 40 Verschiedenes
- TOP 41 Termine der Amtschef- und Umweltministerkonferenzen 2005
- TOP 42 Abrechnung der Betriebskosten des BLAK NE - Internetauftrittes

verfristet angemeldete Tagesordnungspunkte

- TOP 43 Verpackungen im Restmüll
 - nicht in die Tagesordnung aufgenommen -
- TOP 44 Elimination von gefährlichen Stoffen in kommunalen Kläranlagen
 - nicht in die Tagesordnung aufgenommen -
- TOP 45 Bereinigung des Zulassungsrechts für Windkraftanlagen
- TOP 46 Motto des Internationalen Tages der Umwelt 2005

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung der 34. Amtschefkonferenz wird mit folgenden Änderungen genehmigt:

Der Tagesordnungspunkt 5 ist zurückgezogen.

Der verfristet angemeldete Tagesordnungspunkt 43 wird nicht in die Tagesordnung aufgenommen und für das Kaminesgespräch empfohlen.

Der verfristet angemeldete Tagesordnungspunkt 44 wird nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Die verfristet angemeldeten Tagesordnungspunkte 45 und 46 werden in die Tagesordnung aufgenommen.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

**TOP 2: Zusammenarbeit der Bund/Länder-Arbeitsgremien mit der
 UMK/ACK**

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz nimmt das Ergebnisprotokoll über die Sitzung der Arbeitsgruppe der Amtschefs am 7. Juli 2004 im Frankfurter Flughafen zur Kenntnis.

34. Amtschefkonferenz am 21. Oktober 2004 in Frankfurt am Main

BLOCK

TOP 3: Neustrukturierung der UMK

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

Abbau von Gremien

1. Die Umweltministerkonferenz hält die Arbeit von Bund/Länder-Gremien in ihrem Zuständigkeitsbereich für unverzichtbar. Nach ihrer Auffassung sind diese eine notwendige Folge des föderalen Staatsaufbaus, aus dem sich zur Sicherstellung eines bundeseinheitlichen Vollzugs und damit auch im Interesse der Transparenz für die Normadressaten ein regelmäßiger Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf ergibt. Daher sind auch zukünftig länderübergreifende Gremien im Zuständigkeitsbereich der UMK erforderlich. Mit einer Neustrukturierung und Straffung der Gremien kann aber eine Effizienzsteigerung der Gremienarbeit erreicht werden.

2. Die UMK beschließt, anstelle der bisherigen zwölf Arbeitsgremien acht Arbeitsgremien wie folgt zu bilden:
 1. Bund/Länder-Ausschuss für Immissionsschutz (LAI)
Integration der Arbeitsgruppe „Umwelt und Verkehr“, soweit immissionsschutzbezogene Themen des Verkehrs zu behandeln sind.
 2. Bund/Länder-Ausschuss Chemikaliensicherheit (BLAC)
 3. Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA)
 4. Länderarbeitsgemeinschaft für Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA)
 5. Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA)
 6. Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO)

7. Länderausschuss Gentechnik (LAG)
8. Bund/Länder-Arbeitskreis „Nachhaltige Entwicklung“ (BLAK NE).
Der BLAK NE erhält zu seinen bisherigen Aufgaben folgende weitere Aufgaben:

- fachübergreifende Umweltangelegenheiten,
- Angelegenheiten des Bereichs Energie und Umwelt sowie Klimaschutz und Klimafolgen,
- Angelegenheiten des Bereichs Verkehr und Umwelt, soweit es sich nicht um immissionsschutzbezogene Themen handelt,
- steuerliche und wirtschaftliche Fragen des Umweltschutzes,
- Umweltinformationssysteme.

Der Bund/Länder-Arbeitskreis „Energie und Umwelt“, die Arbeitsgruppe „Umwelt und Verkehr“, der Bund/Länder-Arbeitskreis für steuerliche und wirtschaftliche Fragen des Umweltschutzes sowie der BLAK Umweltinformationssysteme werden in den BLAK NE integriert.

Mitglieder der UMK-Arbeitsgremien der ersten Ebene sind grundsätzlich Abteilungsleiter.

3. Die zweite Ebene der UMK-Arbeitsgremien ist im Hinblick auf Zahl der Gremien insgesamt zu straffen, wobei Ad-hoc-Gremien mit klar umrissenen Aufgabenstellungen und begrenzten Arbeitsfristen die Regel sein sollen, es sei denn, dies ist nicht zielführend.
4. Die UMK beauftragt die unter Ziffer 2 (Nr. 1-8) installierten Bund/Länder-Gremien, der ACK bis zum 31.12.2004 schriftlich intern abgestimmte Vorschläge für die Struktur der zweiten Ebene sowie Begründungen für die unabwendbare Notwendigkeit vorzulegen. Das Vorsitzland wird gebeten, auf dieser Grundlage einen Beschluss der 35. ACK vorzubereiten.
5. Die UMK bittet das Vorsitzland, die Ministerpräsidentenkonferenz unter Bezugnahme auf deren Beschluss zu TOP 7 „Abbau länderübergreifender Gremien und Arbeitsgruppen“ vom 17. Juni 2004 auf der Grundlage eines UMK-Umlaufbeschlusses hierüber zu unterrichten.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

**TOP 4: Übersicht über die Bund/Länder-Gremien mit Umweltschutz-
aufgaben - Fortschreibung**

Beschluss:

1. Die Amtschefkonferenz nimmt die als Anlage beigefügte Übersicht über die Bund/Länder-Gremien mit Umweltschutzaufgaben (Stand: Oktober 2004) zur Kenntnis.

2. Sie bittet das Vorsitzland der Umweltministerkonferenz 2005, diese Übersicht zur 35. Amtschefkonferenz fortzuschreiben.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 5: Gespräche der Umweltministerkonferenz mit Verbänden

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 6: Zusammenstellung von Expertenteams zur raschen und konkreten Unterstützung von Untersuchungen und Abhilfemaßnahmen vor Ort im Falle von grenzüberschreitenden Störungen der Gewässer-ökosysteme - Fortschreibung

Beschluss:

1. Die Amtschefkonferenz nimmt die als Anlage beigefügte Übersicht über die Zusammenstellung von Expertenteams (Stand: Oktober 2004) zur Kenntnis.
2. Sie bittet das Vorsitzland der Umweltministerkonferenz 2005, diese Übersicht zur 36. Amtschefkonferenz fortzuschreiben.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

BLOCK

TOP 7: Bericht des Bundes 2003/2004

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

Die Umweltministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundes 2003/2004 zur Kenntnis.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

BLOCK

TOP 8: Vierte Berufungsperiode des Umweltgutachterausschusses

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, in den Umweltgutachterausschuss gemäß § 22 Umweltauditgesetz Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder aus folgenden Ländern zu berufen:

Mitglieder:

- 1) Baden-Württemberg
- 2) Brandenburg
- 3) Hessen
- 4) Schleswig-Holstein

Stellvertreter:

- 1) Sachsen
- 2) Bayern
- 3) Saarland
- 4) Thüringen

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 9: Bericht über Umlaufbeschlüsse und Telefonkonferenzen

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz nimmt den Bericht des Vorsitzlandes vom 6. Oktober 2004 zur Kenntnis.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 10: Vorbereitung des Kaminesgesprächs zur 63. UMK

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgende Themen:

- Radonschutzgesetz
- Verpackungen im Restmüll.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 11: Notwendigkeit einer vACK

Beschluss:

Zur weiteren Vorbereitung der noch nicht abgeschlossenen Tagesordnungspunkte

23, 29, 37, 38 und 39

der 34. ACK sowie gegebenenfalls neuer Beschlussvorschläge für die 63. UMK findet am 4. November 2004 von 11:00 bis 12:30 Uhr eine vorgeschaltete Amtschefkonferenz statt.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

BLOCK

**TOP 12: Vertretung der deutschen Länder in der Steuerungsgruppe
der Umweltkonferenz der europäischen Regionen (ENCORE)**

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

1. Die UMK erkennt die einzige Fachministerkonferenz der Regionen Europas (ENCORE) als ein wertvolles Forum zur Diskussion neuer Politiken, Strategien und Methoden an, das für die Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen und nachhaltiger Entwicklung in den europäischen Regionen von Bedeutung ist. Die UMK verweist insoweit auf ihren Beschluss zur 56. UMK, TOP 3.
2. Die UMK unterstützt die Mitarbeit der deutschen Länder in der ENCORE-Steuerungsgruppe.
3. Die UMK sieht in der Vertretung zweier deutscher Länder in der ENCORE-Steuerungsgruppe einen Beitrag zur angemessenen Berücksichtigung der Interessenslandschaft in Deutschland. Die UMK bittet Bayern, auch zukünftig einen Vertreter in die ENCORE-Steuerungsgruppe zu entsenden; darüber hinaus bittet die UMK Nordrhein-Westfalen, ebenfalls einen Vertreter in die ENCORE-Steuerungsgruppe zu entsenden.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

**TOP 13: Berichterstattung des Bundes über Politikthemen auf
europäischer Ebene**

Beschluss:

In den zukünftigen Amtschefkonferenzen wird der BMU einen mündlichen Bericht über wichtige europäische Umweltthemen geben.

3. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten den Bund, bei der in Vorbereitung befindlichen Novellierung der EU-Verordnung eine Vereinfachung der Vorgaben anzustreben. Dabei sollten hemmende Vorschriften gestrichen und Öffnungsklauseln für die Erprobung von Neuerungen eingeführt werden. Sie bieten Ihrerseits dem Bund Unterstützung bei den entsprechenden Verhandlungen auf EU-Ebene an.
4. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten das BMU, zur 65. UMK über die Ergebnisse zu berichten.
5. Die UMK bittet das Vorsitzland, diesen Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz mit der Bitte um Unterstützung zuzuleiten.

Protokollerklärung der Länder Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz

Die Länder Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind nicht der Auffassung, dass das Umweltmanagementsystem EMAS allein das inhaltlich beste und umfassendste Umweltmanagementsystem ist.

Sie treten dafür ein, das Europäische Umweltmanagement EMAS und das globalgültige Umweltmanagementsystem ISO 14001 gleichermaßen zu unterstützen.

Gerade dem Ziel eines schlanken, flexiblen und vor allem kostengünstigen System wird das international weiter verbreitete Umweltmanagementsystem ISO 14001 wegen seiner geringeren Kosten, seiner hohen Durchsetzungsdynamik in der Wertschöpfungskette und der dort festgelegten schnelleren Verfahren bei evtl. Aberkennung von Zertifizierungen eher gerecht.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

BLOCK

TOP 15: Vertretung der UMK im Deutschen Nationalkomitee

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

1. Die Umweltministerkonferenz begrüßt die Einrichtung des Deutschen Nationalkomitees für die von den Vereinten Nationen für die Jahre 2005 bis 2014 ausgerichtete Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Die UMK hat sich bereits mehrfach mit dem Thema befasst und in entsprechenden Beschlüssen auf die Bedeutung der Umweltbildung hingewiesen sowie entsprechende Handlungsvorschläge unterbreitet.

2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder halten es für wichtig, dass die Umweltressorts der Länder im Hinblick auf ihr vielfältiges Engagement auf diesem Themenfeld über den langen Zeitraum von zehn Jahren im Deutschen Nationalkomitee künftig vertreten sind.
Die UMK spricht sich dafür aus, Frau Dr. Gundelach (Hamburg) als Vertreterin der UMK in das Deutsche Nationalkomitee zu berufen.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

BLOCK

TOP 16: Umweltbildung im Elementarbereich

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

1. Die UMK sieht gemeinsam mit der Jugendministerkonferenz (JMK) die Bedeutung und Wichtigkeit einer altersgerechten Umweltbildung im vorschulischen Bereich (Elementarbereich). Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren des Bundes und der Länder fördern die Umweltbildung im Elementarbereich und unterstützen die Kooperationen zwischen vorschulischen und schulischen Einrichtungen einerseits und den außerschulischen umweltpädagogischen Einrichtungen andererseits insbesondere im Hinblick auf die Fortbildung der Fachkräfte. Sie stellen fest, dass in dem Maße, wie außerschulische Kooperationspartner mit vorschulischen und schulischen Einrichtungen vernetzt sind, sie mit der Kontinuität ihrer Bildungsinhalte und pädagogischen Methoden die notwendige Anschlussfähigkeit zwischen Elementar- und Primarbereich bieten können.

2. Die UMK stellt fest, dass die Länder für die Bildung in den Kindertageseinrichtungen zuständig sind. Sie sieht die Notwendigkeit, dass im Rahmen der Präzisierung der Vorgaben für die frühe Bildung das Thema Nachhaltige Entwicklung kostenneutral verstärkt berücksichtigt werden muss. Die UMK bittet deshalb die JMK und die Kultusministerkonferenz (KMK) darum, das Thema Nachhaltige Entwicklung sowohl in der Aus- und Fortbildung der Fachkräfte als auch bei der Erstellung von Bildungsplänen auf Länderebene und in der Qualitätsentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu verankern. Die Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen, außerschulischen Umweltbildungseinrichtungen und dem schulischen Bereich gilt es abzusichern und auszubauen.

3. Die UMK strebt eine gemeinsame Veröffentlichung mit der JMK zum Thema „Nachhaltige Entwicklung in der frühen Bildung“ an.
4. Die UMK bittet das Vorsitzland, diesen Beschluss der JMK unter Hinweis auf den in ihrer Sitzung am 13. und 14. Mai 2004 unter TOP 5 beschlossenen „Gemeinsamen Rahmen der Länder für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen“ sowie der KMK zuzuleiten.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

**TOP 17: Beteiligung der Umweltverwaltung beim Aufbau der
Geodateninfrastruktur Deutschland GDI-DE**

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz spricht sich dafür aus, dass der Vorsitzende des Bund/Länder-Arbeitskreises Umweltinformationssysteme als beratendes Mitglied oder ständiger Gast in das Lenkungsgremium zum Aufbau der Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) aufgenommen wird, um die Interessen der Umweltverwaltungen von Bund und Ländern dort einzubringen.

34. Amtschefkonferenz am 21. Oktober 2004 in Frankfurt am Main

TOP 18: Finanzierung des Länderfinanzierungsprogramms „Wasser und Boden“ 2004 und 2005

Beschluss:

1. Die ACK beschließt, dass die Beiträge der Länder für das Länderfinanzierungsprogramm **2004** (2. Rate) nach dem Königsteiner Schlüssel geleistet werden, soweit nicht der Vorbehalt des § 2 Abs. 2 der Ländervereinbarung in Anspruch genommen wurde.
2. Die ACK beschließt vorbehaltlich der Schaffung der jeweiligen haushaltsmäßigen Voraussetzungen, dass die Länder ihre Beiträge für das Programmjahr 2005, ausgehend vom Königsteiner Schlüssel und dem Ansatz nach § 2 Absatz 1 der Länderfinanzierungsvereinbarung, um 20 % reduziert dem geschäftsführenden Land zur Verfügung stellen.
3. Die ACK wirbt dafür, dass die Länder ihre um 20 % gekürzten Beiträge für das Programmjahr 2005 dem geschäftsführenden Land ohne Ausübung des Haushaltsvorbehalts zur Verfügung stellen.
4. Die ACK bittet das geschäftsführende Land, bis zur 63. UMK zu berichten, welche Projekte im Rahmen des Länderfinanzierungsprogramms 2005 verfolgt werden sollen. Die Projekte sind in Form einer Prioritätenliste darzustellen.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 19: Fortführung des Länderfinanzierungsprogramms ab 2006

Beschluss:

1. Die ACK stellt fest, dass die Zielausrichtung des Länderfinanzierungsprogramms „Wasser und Boden“ weiterhin aktuell ist und eine gemeinsame Finanzierung von vollzugsunterstützenden Maßnahmen für die Bereiche Wasser, Boden und Abfall im Interesse aller Bundesländer liegt.
2. Die ACK hält es für zweckmäßig, die Geschäftsführung des Länderfinanzierungsprogramms ab 2006 für eine weitere Periode dem Land Mecklenburg-Vorpommern zu übertragen.
3. Die ACK bittet die LAWA analog § 3 Abs. 1 der Ländervereinbarung in Abstimmung mit den Vorsitzenden der LABO und LAGA, ihren Vorschlag zur 35. ACK vorzulegen.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

**TOP 20: Dichtheitsprüfung an eingebauten Abscheideranlagen
nach DIN 1999 – 100:2003 Nr. 15**

Beschluss:

1. Die Amtschefkonferenz nimmt das Ergebnis des LAWA-Ausschusses „Anlagenbezogener Gewässerschutz“ zur Kenntnis.

2. Die Amtschefkonferenz stimmt dem Vorschlag des Zentralverbandes des Deutschen Kraftfahrzeuggewerbes (ZDK) nach Einführung einer sogenannten „Bagatellregelung“ und einer eventuell geplanten Einführung einer Übergangsregelung für Leichtflüssigkeitsabscheider mit einem Abwasserdurchsatz von bis zu einem Kubikmeter je Tag in der DIN 1999 Teil 100 nicht zu.

Protokollerklärung des Landes Niedersachsen:

Die existierenden Regelwerke geben den örtlichen Behörden ausreichend Gestaltungsspielraum.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

BLOCK

TOP 21: Vereinfachung des abfallrechtlichen Überwachungsverfahrens

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

1. Die UMK nimmt den Bericht des Bundes zur Kenntnis.
2. Die UMK bekräftigt ihren Beschluss der 61. UMK, TOP 32. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder begrüßen eine schnelle Umsetzung der Vereinfachungsvorschläge zur abfallrechtlichen Überwachung und bitten den Bund, die Rechtsetzungsverfahren zügig einzuleiten. Dabei ist die elektronische Form der Verbleibskontrolle (Begleitscheine) möglichst zügig einzuführen. Auf bereits entwickelten Systemen zur elektronischen Verbleibskontrolle und Vorarbeiten zur qualifizierten elektronischen Signatur ist in größt möglichem Umfang aufzubauen. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder werden die rechtliche Umsetzung unterstützen, um sicherzustellen, dass
 - a) die betroffenen Unternehmen der Wirtschaft als auch die Vollzugsbehörden nachhaltig entlastet werden,
 - b) die Effizienz der Überwachung durch die Einführung der elektronischen Form im Nachweisverfahren erhöht wird,
 - c) die bereits zunehmend praktizierte Nachweisführung in elektronischer Form möglichst frühzeitig auf ein rechtssicheres, bundeseinheitliches Anforderungsprofil ausgerichtet wird,

- d) mit Hilfe des künftigen Kommunikationssystems auch die Abwicklung von nationalen, EU- und internationalen Berichtspflichten vereinfacht werden kann.
3. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder setzen sich dafür ein, dass die Gesetzgebungsvorschläge nicht mit außerhalb der abfallrechtlichen Überwachung liegenden Änderungsvorschlägen befrachtet werden.
 4. Ebenso werden sich die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder dafür einsetzen, dass die Maßnahmen zur Einführung der elektronischen Form im praktischen Vollzug bereits parallel zu den Rechtsetzungsverfahren in enger Kooperation zwischen Bund/Ländern und betroffener Wirtschaft vorbereitet und rechtzeitig umgesetzt, insbesondere die finanziellen und haushaltsrechtlichen Vorkehrungen rechtzeitig getroffen werden.
 5. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten den Bund daher, die Länder weiterhin in die fachliche Vorbereitung und Begleitung der Rechtsetzungsverfahren, insbesondere in die anstehende Erarbeitung der Datenschnittstellen („elektronische Formulare“), einzubinden und die fachliche Koordinierung dieser Arbeiten und der parallelen Vollzugsvorbereitungen zu übernehmen. Der Bund wird gebeten, über den Fortgang der Arbeiten der 64. UMK zu berichten.

Protokollerklärung des Bundes, der sich Schleswig-Holstein anschließt:

Der Bund legt Wert auf die Feststellung, dass das Entsorgungsnachweisverfahren gemäß dem einstimmigen Beschluss der Bund-Länder AG zeitgleich mit dem Begleitscheinverfahren auf EDV-Basis umgestellt werden muss. Nur so lassen sich kostengünstig und zügig durchgreifende Deregulierungserfolge erreichen.

Protokollerklärung des Landes Niedersachsen:

Der schriftliche Erläuterungsbericht des Bundes zu TOP 21 zu Ziffer I.4 (Umsetzungskonzept zur elektronischen Form), Abschnitt b) Umsetzungsvorschlag ist nach dem Abs. 4 mit folgender Protokollerklärung zu versehen:

„Die zentralen Stellen der Länder erhalten die Option, ihre Aufgaben durch direkten elektronischen Datenaustausch mit Abfallerzeugern, Transporteuren und Entsorgern sowie untereinander bzw. mit Providern anderer Systemanbieter ohne Einschaltung der zentralen Koordinierungsstelle mit eigenen Programmen vorzunehmen.“

Ziffer I.5 (Vollzugskosten), Abschnitt b) Kosten der Länder nach dem dritten (vorletzten) Absatz ist mit folgender Protokollerklärung zu versehen:

„Die unter Nr. 4 des Beschlusses enthaltene Forderung an die Länder, die zur Einführung der elektronischen Form im abfallrechtlichen Nachweisverfahren finanziellen und haushälterischen Vorkehrungen rechtzeitig zu treffen, steht unter dem Vorbehalt der landeshaushälterischen Möglichkeiten im Einzelfall.“

**34. Amtschefkonferenz
am 21.Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 22: Umsetzung der Abfallablagerungsverordnung

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

Die Umweltministerkonferenz nimmt den Bericht der LAGA zur Kenntnis.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 24: Finanzierung von LAGA-Projekten im Rahmen des Länderfinanzierungsprogramms „Wasser und Boden“

Beschluss:

1. Die ACK ist der Ansicht, dass die Länderfinanzierungsvereinbarung als Rechtsgrundlage des um den Abfallbereich erweiterten Länderfinanzierungsprogramms bestehen bleibt und keiner formalen Änderung bedarf.
2. Die ACK beauftragt das geschäftsführende Land Mecklenburg-Vorpommern, die bestehende „Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Länderfinanzierungsprogramm Wasser und Boden“ um den Fördertatbestand „Abfall“ zu erweitern.
3. Das geschäftsführende Land wird beauftragt, für die künftige Aufteilung der Mittel der Fachbereiche LAWA, LABO und LAGA unter Berücksichtigung der Kürzungen um 20 % im Jahre 2005 einen Vorschlag zur 35. ACK vorzulegen (Verweis auf Beschluss zu TOP 18).

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

**TOP 25: Umweltkampagne der Hessischen Landesregierung
 „Sauberhaftes Hessen“**

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz nimmt den Bericht des Landes Hessen zur Kenntnis.

34. Amtschefkonferenz am 21. Oktober 2004 in Frankfurt am Main

BLOCK

TOP 26: EU – Bodenschutzstrategie

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

1. Die Umweltministerkonferenz nimmt den Bericht der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) zur bisherigen Entwicklung der EU–Bodenschutzstrategie zur Kenntnis.
2. Die Umweltministerkonferenz bittet den Bund, die weitere Entwicklung des Bodenschutzes auf EU-Ebene vor dem Hintergrund des Bundesratsbeschlusses vom 21. Juni 2002 (Drs. 431/02 -Beschluss-) fachlich zu begleiten.
3. Die Umweltministerkonferenz bittet den Bund, zur 65. UMK über den Stand der EU-Bodenschutzstrategie zu berichten.
4. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und –senatoren der Länder bitten den Bund, bei der Entwicklung der EU-Bodenschutzstrategie nachstehende Ziele zu verfolgen:
 - In bestehende und noch zu entwickelnde EU-Umweltbestimmungen sind bodenschutzrelevante Ziele und Maßnahmen zu integrieren.
 - Eine Monitoring-Richtlinie zur einheitlichen Erfassung und Bewertung von Böden und ihren Veränderungen, die sich auf die bestehenden Systeme stützt, ist erforderlich.

- Gleichwertige Methoden und Standards sind für die Bewertung schädlicher Bodenveränderungen zu entwickeln. Abwehr und Sanierung schädlicher Bodenveränderungen sollten nach EU-weit einheitlichen Grundsätzen erfolgen.
- Die sparsame Flächeninanspruchnahme und das Flächenrecycling sind in die Bodenschutzstrategie zu integrieren und mit einer eigenen Mitteilung auszuführen.
- Es sollte angestrebt werden, die Entwicklung der Flächeninanspruchnahme als einen wesentlichen Nachhaltigkeitsindikator in das Monitoring aufzunehmen.
- Die integrative Bodenschutzstrategie soll vor dem Hintergrund allgemeiner Kostenentwicklungen den finanziellen Aufwand für Sanierungen ebenso berücksichtigen wie ökonomische Sanierungsinstrumente.
- Die EU-Bodenschutzstrategie darf in der Bundesrepublik Deutschland nicht zu einer Verschlechterung des erreichten Standards führen.

Protokollerklärung der Länder Bayern und Hessen:

Es ist keine EU-Bodenschutz-Rahmenrichtlinie anzustreben, die den Grundsätzen der Deregulierung und Subsidiarität widerspricht.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 27: Umsetzung der EU - Umgebungslärmrichtlinie

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz nimmt den Bericht des LAI zur Kenntnis.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

BLOCK

**TOP 28: Automatische Überwachung der Gasrückführung an Tankstellen
- Umsetzung der Novelle zur 21. BImSchV von 2002 -**

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

1. Die UMK nimmt den Fortschrittsbericht 550-05 der DGMK Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle e.V. zur Kenntnis.
2. Die UMK erwartet, dass noch ausstehende Umrüstungen von Tankstellen unverzüglich durchgeführt werden.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

**TOP 29 : Bewertung und Sanierung radonbelasteter Gebäude und radon-
geschütztes Bauen**

Beschluss:

Es wird kein Beschluss gefasst.

Der Tagesordnungspunkt wird zur vACK wieder aufgerufen.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 30: Auswirkungen des Mobilfunks - Naila-Studie

Beschluss:

Es wird kein Beschluss gefasst.

Der Tagesordnungspunkt wird zur 63. UMK wieder aufgerufen.

Bayern stellt den Ländern vorhandene Informationen zur Verfügung.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

**TOP 31: Auswirkung der Ausbringung von gentechnisch veränderten
Organismen (GVO) auf die natürliche Umwelt**

Beschluss:

Es wird kein Beschluss gefasst.

Der Tagesordnungspunkt wird zur 63. UMK wieder aufgerufen.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 32: Emissionshandel

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

Die UMK nimmt den mündlichen Bericht des Bundes zur Kenntnis.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

**TOP 33: CO₂-Minderung im Verkehr - Beschreibung von Maßnahmen
und Aktualisierung von Potenzialen**

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz nimmt den mündlichen Bericht des Bundes zur Kenntnis.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

BLOCK

TOP 34: Umweltverträglicher Güterverkehr

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

1. Die Umweltministerkonferenz nimmt den Maßnahmenkatalog „Empfehlungen für einen umweltverträglichen Güterverkehr“ der Arbeitsgruppe „Umwelt und Verkehr“ zur Kenntnis.
2. Die Umweltministerkonferenz bittet das Vorsitzland, diesen Maßnahmenkatalog an die Verkehrsministerkonferenz mit der Bitte um Stellungnahme weiterzuleiten.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 35: Steuergerechtigkeit im Bahn- und Flugverkehr

Beschluss:

Es wird kein Beschluss gefasst.

Der Tagesordnungspunkt wird zur 63. UMK wieder aufgerufen.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

BLOCK

TOP 36: Entsiegelungs- und Abrissmaßnahmen als Eingriffskompensation

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

1. Die Umweltministerkonferenz hält Entsiegelungsmaßnahmen grundsätzlich für geeignete, vordringlich in Betracht zu ziehende Maßnahmen zur Eingriffskompensation. Damit verbundene Abrissmaßnahmen können im Einzelfall eine sinnvolle naturschutzfachliche Ergänzung sein.
2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten das BMU, beim BMVBW auf eine Änderung der ablehnenden Haltung zu Abrissmaßnahmen als Eingriffskompensation hinzuwirken.
3. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten das BMU, auf der 35. ACK zu berichten.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 37: Grünes Band

Beschluss:

Es wird kein Beschluss gefasst.

Der Tagesordnungspunkt wird zur vACK wieder aufgerufen.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 38 : FFH - Nachmeldeprozess

Beschluss:

Es wird kein Beschluss gefasst.

Der Tagesordnungspunkt wird zur vACK wieder aufgerufen.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 39: Finanzierung der Umsetzung von NATURA 2000

Beschluss:

Es wird kein Beschluss gefasst.

Der Tagesordnungspunkt wird zur vACK wieder aufgerufen.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 40: Verschiedenes

Kein Beratungsbedarf.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 42: Abrechnung der Betriebskosten des BLAK NE - Internetauftrittes

Beschluss:

1. Die Amtschefkonferenz nimmt die Fertigstellung des BLAK-Containers (www.blak-ne.de) entsprechend den Vorgaben des BLAK UIS über die Gestaltung der Internetauftritte von UMK-Arbeitsgremien zur Kenntnis.

2. Die Amtschefkonferenz bittet das jeweilige Vorsitzland, die laufenden Betriebskosten für den Internetauftritt des BLAK Nachhaltige Entwicklung (BLAK NE) zu tragen.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 43: Verpackungen im Restmüll

Der Tagesordnungspunkt wurde nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

TOP 44: Elimination von gefährlichen Stoffen in kommunalen Kläranlagen

Der Tagesordnungspunkt wurde nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

BLOCK

TOP 45: Bereinigung des Zulassungsrechts für Windkraftanlagen

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

1. Auf Grund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Juni 2004
 - 4 C 9.03 - zum Begriff der „Windfarm“ besteht dringender Bedarf, das Zulassungsrecht für Windkraftanlagen zu überprüfen.

2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder begrüßen, dass der Bund angekündigt hat, kurzfristig einen Lösungsvorschlag (gegebenenfalls mit Alternativen) zu erarbeiten und mit den Ländern abzustimmen.

**34. Amtschefkonferenz
am 21. Oktober 2004
in Frankfurt am Main**

BLOCK

TOP 46 : Motto des Internationalen Tages der Umwelt 2005

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

Die Umweltministerkonferenz nimmt das Motto des Bundes für den „Tag der Umwelt 2005“ zur Kenntnis:

„Globalisierung ökologisch gerecht gestalten“